

# Schaffen wir das?

## Unübersichtlichkeit mit dem Risiko der Vereinfachung

Von Johannes Peter Petersen und Klaus Obert

Können wir das schaffen?“ Vor 2015 war die Antwort auf diese Frage vor allem den unter sechsjährigen Jungen und Mädchen überlassen. Sie reagierten im Chor gemeinsam mit den lebendigen Baumaschinen auf diese Frage von Bob, dem Baumeister: „Ja, wir schaffen das!“ Dass dieses Bonmot einmal in einem ganz anderen und hochpolitischen Zusammenhang Karriere machen würde, haben die Eltern der kleinen Baulöwen sicher nicht erwartet. Doch so kam es. Damals versicherte sich die Bundeskanzlerin Merkel sich selbst und allen Tagesschaukonsumentinnen und -konsumenten der sozialpolitischen Resilienz in Deutschland. Sie hielt dies für dringend geboten angesichts eines nahöstlichen Exodus der Geflüchteten und von Krieg und Verzweiflung Vertriebenen in das vermeintlich friedvolle und wohlgeordnete Land in der Mitte Europas. Die medial in Szene gesetzte deutsche Grenzöffnung wurde weltweit zur Kenntnis genommen. Und natürlich auch von Menschen, die selbst auf der Flucht waren oder sich darauf vorbereiteten. Wenn bei den meisten die Perspektive auch ganz allgemein Europa war und viele die Reise dort enden lassen wollten, wo sie Angehörige und damit Anschluss finden konnten, waren dann schon Deutschland und Nordeuropa die Wunschziele, vielleicht auch deshalb, weil die übermittelten Bilder und Ansprachen Gastfreundschaft, Wohlwollen und Freundlichkeit assoziierten.

### Die übermittelten Bilder assoziierten Gastfreundschaft, Wohlwollen und Freundlichkeit

gerischen Populisten, bei Pegida und besorgten Neuparteien suchte. Die mediale Darstellung Deutschlands (und anderer nord- und westeuropäischer Länder) ist ja geradezu das Gegenbild der erlittenen Lebenswelten der meisten Geflüchteten. Dass die bundesdeutsche Realität doch deutlich von den Bildern des Werbefernsehens und der Vorabendtelenovelas abweicht, ist wohl eine andere Geschichte. Nicht alle Menschen, die migrieren, fliehen vor Gewalt und Verfolgung. Viele versuchen, Armut und Perspektivlosigkeit hinter sich zu lassen. Die Bilder und Berichte aus einem wirtschaftlich prosperierenden Nordeuropa sind attraktiv, entsprechen aber leider oftmals nicht der Realität, in der sich der angekommene Mensch dann wiederfindet.

Die „besorgten Bürger“ und Volksbekenner sind glücklicherweise eine – wenn auch lautstarke und medial Raumgreifende – Minderheit. Daneben und dagegen gab und gibt es fast überall viele Initiativen, die unterstreichen, dass Gastfreundlichkeit nicht nur Teil der orientalischen Kulturen ist, sondern auch im Okzident eine gelebte und gepflegte Tradition ist.

Viele bemühen sich kontinuierlich – vor allem im bürgerschaftlichen Engagement –, den geflüchteten Menschen das Ankommen und Einleben in eine für sie fremde Gesellschaft so leicht wie möglich zu machen.

### Funktioniert „Integration“?

Dass die sogenannte „Integration“ alles andere als ein einfaches Vorhaben ist, lässt sich an den komplexen administrativen Verfahren der Statusanerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ebenso erkennen wie an der Organisation geeigneten Wohnraums, schulischer Bildung, Beschäftigung und Arbeit. Die Prozesse verlaufen oft sehr langsam



J. Peter Petersen

Dr., Teamleiter der „Einrichtungen und Dienste“ beim Diakonischen Werk Schleswig-Holstein.



Klaus Obert

Dr., Bereichsleitung Sucht- und Sozialpsychiatrische Hilfen beim Caritasverband für Stuttgart.

und verlangen von vielen einen immens hohen Aufwand von Geduld und Anpassungsbereitschaft, sowohl von den Angekommenen wie von denen, die die Region oder Stadt als ihre Heimat bezeichnen.

Die Konstruktion von Langwierigkeit kann durchaus auch als Versuch verstanden werden, auf mehr oder minder subtile Weise Bemühungen des Einlebens zu unterlaufen und Menschen von der Idee einer echten Bleibeperspektive abzubringen. Für eine solche Vermutung sprechen auch legislative Maßnahmen im Migrationsrecht, das zu einer Parallelgesetzgebung zum bestehenden Sozialrecht wurde und immer weiter spezifiziert und undurchdringbarer wird. Die juristische Komplexität soll abschrecken und ist durch die vielen Behördenzuständigkeiten für Betroffene undurchschaubar und nur für Insider wirklich durchdringbar. Deshalb sind alle Betroffenen auf so viel Unterstützung in diesem sog. Integrationsprozess angewiesen, und viele Ehrenamtliche verlieren nach längerer ehrenamtlicher Tätigkeit oft das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, weil sie selbst erfahren, wie Abgrenzung, Ausgrenzung und viele Hürden gesetzlich manifestiert werden, um den Weg zu

einer erfolgreichen Integration wie mit einem großen Zaun aus Paragraphen zu verstellen. Zur Überwindung eines solchen Hindernisses reicht gesunder Menschenverstand nicht mehr aus, sondern es braucht hier ausgewiesene Fachleute.

An der Rede von der Integration und anderer Begriffe wie z.B. „Leitkultur“ ist unseres Erachtens

deutlich ablesbar, dass Vorstellungen wie „meine Heimat“ bei vielen Menschen zu dem Irrtum

verleitet, mit dem Possessivpronomen Besitzansprüche geltend zu machen, statt aus der simplen Tatsache des Wohnortes Zuhörigkeitsverantwortung für das Gemeinwesen abzuleiten.

Und auf beiden Seiten, sowohl bei den Schutzsuchenden wie bei den bereits Anwesenden, gibt es, wenn man dies pauschal so unterscheiden kann, viele Enttäuschungen.

## Das Eigene und das Fremde

Auf Seiten der ansässigen Bevölkerung werden Erfahrungen gemacht und meist noch medial dramatisch verstärkt, dass auch Hinzugezogene nicht nur Opfer sind, sondern Menschen mit komplexen und gelegentlich konfliktreichen Verhaltensweisen, deren Überlebensspraxen mit hier geltenden Normen, Kulturen und Verständnissen nicht übereinstimmen. Darunter sind unangepasste, desorientierte Heranwachsende ebenso wie auch Männer und so manche Frau mit Rollenverständnissen, die uns stark an die patriarchalische Frühzeit der Bundesrepublik erinnern. Nichts desto trotz ist den meisten gemeinsam, dass traumatische Ereignisse sie nicht nur aus ihrer Heimat vertrieben haben, sondern dass das Trauma die alltägliche Erfahrung während der Flucht war, sei es die für viele tödliche Überfahrt über das Mittelmeer oder die eingezäunte Blockade auf dem Balkan. Und den meisten ist ebenso gemeinsam, dass ihre Lebenssituation in Deutschland von Unsicherheit und Intransparenz geprägt ist. Sie sind abhängig von Entscheidungen dritter, die ihnen genauso unvertraut und wortwörtlich oft unverständlich sind wie die ihnen fremder Behörden, die über ihren Verbleib und ihre Perspektiven entscheiden.

Nachvollziehbar ist, dass der derzeitige Alltag vieler Migrantinnen und Migranten Gefühle des Ausgeliefertseins bei ihnen evoziert und durch die aktuell fehlende Handlungsautonomie das Bewusstsein der fehlenden Kontrolle über das eigene Leben und die Zukunft dominant sein kann. Verständlich ist dann, dass man sich an seinesgleichen hält, Menschen mit einem ähnlichen

Erfahrungshorizont aufsucht und sich besonders intensiv an Werten orientiert, die als Kind verinnerlicht wurden, im

Erwachsenenalter in den Hintergrund getreten sind und die jetzt aber in schwierigen, bis unzumutbaren Lebensverhältnissen wieder Halt und Trost geben können.

Die Lage bietet also viele Möglichkeiten für Enttäuschungen und Missverständnisse. Hinzu kommt, dass eine oft bewusst herbeigeführte Lagerspaltung zwischen Ansässigen und Hinzukommenden ein probates Verfahren ist, diffuse, manchmal aber auch konkrete und begründete Statusverlustängste zu schüren, um aus „besorgten Bürgern“ Parteigänger unzulässig vereinfachender Lösungsangebote zu machen. Bei nicht Wenigen ist dabei zu beobachten, dass sie mehr und mehr von rückwärtsgewandten nationalistischen und chauvinistischen Gefühlen, Haltungen und Verhaltensweisen geleitet werden.

## Deutschland als Land der Aus- und Einwanderung

Dabei wird oft die historische Tatsache ausgeblendet, dass Deutschland ein Land mit umfangreicher und weit in die Vergangenheit zurückreichender Migrationserfahrung ist. Es gibt viele historische Erfahrungen Deutschlands als Land, dem man entfliehen musste wie auch als Land, in dem man Arbeit und Bleibe fand.

Und viele Menschen in Deutschland leben noch in Familien, in denen die Flucht mit der beschwerlichen Zeit der Ankunft in einem zerstörten Deutschland Teil der eigenen Familienbiographie ist. So lebten zum Beispiel in Schleswig-Holstein nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Million Menschen mehr als vorher, viele von ihnen mit grauenvollen Bildern ihrer Flucht im Kopf, die nie oder

erst sehr spät zur Sprache kamen. Die Erfahrungen von Krieg, Flucht, Vertreibung und Neuanfang sind, wenn nicht gegenwärtig, so doch im historischen Nahraum und bergen immer noch Bewältigungsoptionen von Traumata bei vielen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Hier ist Erinnerungskultur in mehrfacher Weise hilfreich und wichtig. Zum einen kann sie immunisieren gegen populistische Vereinfachungstiraden mit ihren simplen wie falschen politischen Lösungsangeboten, zum anderen kann sie Beispiel sein für nicht einfache aber doch gelingende Prozesse des Miteinanderlebens und zum dritten schafft sie die emotionale und moralische Basis des Engagements. Sich daran zu erinnern, wie schwierig die eigenen Lebensbedingungen einmal waren und wie unterstützend zwischenmenschliche Solidarität sein kann, erleichtert sicher das Verständnis auch über vermeintlich große kulturelle Distanzen hinweg.

Die Bereitschaft zum Miteinandergehen oder zumindest zur gegenseitigen Achtung und zu wechselseitigem Respekt und die ersten Schritte dazu müssen von der hiesigen Bevölkerung ausgehen und sind auch von ihr ausgegangen

Dies bedeutet – und dies zu betonen, ist u.E. besonders wichtig: Menschliches Zusammenleben, und hier ist noch nicht einmal von Solidarität die Rede, gelingt nur, wenn das Gegenüber, dessen Kultur, dessen Normen und Werte, dessen Lebenspläne und –entwürfe respektiert werden. Allerdings ist diese Anerkennung und Wertschätzung nicht beliebig oder von gleichgültiger Toleranz bestimmt, die häufig nur Gleichgültigkeit und Desinteresse verdeckt und verschleiert. Wechselseitige Anerkennung, Achtung und Respekt können nur gelingen, wenn sie eingelassen und

eingebunden sind in die Universalität der Menschenrechte. Es kann keine durch irgendeine Religion, Kultur oder sonstige

(politische) Theorie oder gar Ideologie gerechtfertigte Infragestellung oder gar Aberkennung und Unterdrückung von Menschen, z.B. von Frauen, Kindern und Minderheiten geben.

Viele Menschen sind nach wie vor in zahllosen kommunalen Projekten enga-

giert, sei es als Begleitungen bei Behördengängen oder bei der Beschaffung von Wohnraum und anderen Notwendigkeiten. Es erscheint elementar, dass diese Unterstützungen besonders dann wirksam sein werden, wenn sie dabei helfen, die Handlungsfähigkeit und das Vertrauen in eine eigene gelingende Zukunft der hier angekommenen und ankommenden Menschen wiederherzustellen, aber auch, welche die Lebenslage der hiesigen Bevölkerung im Blick hat und deren Ängste und Befürchtungen ebenso ernst nimmt. Verstehen und Verständnis – ganz gleich ob verängstigte, irritierte und verunsicherte Vertreterinnen oder Vertreter der hiesigen Bevölkerung oder die aus unserer Sicht ebenso rückwärts gewandten religiösen Haltungen und mit der universellen Gültigkeit der Menschenrechte in Widerspruch sich befindenden Weltbilder vieler ankommender Menschen – bedeutet nicht, sie im falsch verstandenen Sinn von Toleranz hinzunehmen. Vielmehr kommt es darauf an, sich aktiv und durchaus auch kontrovers damit auseinanderzusetzen innerhalb der klaren Grenzen, die der demokratische Rechtsstaat (voraus-)setzt. Schließlich ist Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden!

Ganz abgesehen davon, dass man – wie Immanuel Kant es ausdrückte – Personen nie bloß als Mittel, sondern immer als Zweck wahrnehmen sollte, erscheint es dennoch rational, auch auf die Fähigkeiten, auf die Erfahrungen und die Zukunftserwartungen der neuen Mitbürger zu setzen und nicht nur Sicherheitsbedenken, ideologisch geprägte Überfremdungsängste in Verbindung mit der fast schon paranoid anmutenden Angst vor der Islamisierung der Gesellschaft in Vordergrund zu rücken. Allerdings gilt es, die demokratischen Errungenschaften und die Zivilgesellschaft sowohl gegen fundamentalistische Haltungen und Verhaltensweisen sowohl aus der Ecke religiöser Fanatiker wie auch von Rechtspopulisten aktiv, partizipatorisch und mit Vehemenz zu verteidigen. Die demokratische Gesellschaft, so stabil sie auch zur Zeit ist, stellt sich nicht automatisch als Selbstläufer her, sondern benötigt permanent und kontinuierlich die aktive Teilnahme und das Einsetzen Ihrer Bürgerinnen und

Bürger. In einem derart intendierten Prozess könnten viele, auch ökonomische Herausforderungen, die vor allem auch durch die demografische Entwicklung entstehen, können, wenn nicht bewältigt, so doch mit neuen Optionen gestaltet werden.

### Migration und die europäische Perspektive

Dass Migration insgesamt ein Geschehen ist, das für die nächsten Jahre und Jahrzehnte relevant sein wird und nicht durch Barrikaden und Abweisungen einzelner und ganzer Menschenmengen eingeeht werden kann, war wahrscheinlich auch Frau Merkel zumindest implizit bewusst, als sie Bob den Baumeister zitierte. Langfristig wird weder die rigide Blockadepolitik mancher osteuropäischen Länder noch die Deals mit demokratisch getarnten Potentaten die Suche nach einer sicheren und angstfreien Zukunft von vielen Menschen genauso wenig um Europa herumlenken wie der Aufbau von Ein- oder Ausreisezentren in „failed states“ oder Rücknahmeabkommen mit scheinbar sicheren Herkunftsländern.

Auch wenn aktuell die Zahlen der in Europa und Deutschland angekommenen Geflüchteten aus 2015 inzwischen deutlich geringer geworden sind, sollte dies nicht zur Fehleinschätzung verleiten, die Herausforderung von großen Migrationsbewegungen sei damit bewältigt. Die eingesetzten Methoden und Instrumente der zahlenmäßigen Begrenzung hinterlassen nicht nur einen üblen Nachgeschmack. Vielmehr dementieren sie zu Recht die immer wieder beschworene moralische Integrität europäischer Politik: die innereuropäische Freizügigkeit ist mit nach außen gewandter Rigidität und Abschottung erkauft.

Vor diesem Hintergrund ist zu vergegenwärtigen, dass weltweit so viele Menschen wie nie auf der Flucht sind. Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2015 waren 65,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Im Vergleich dazu waren es ein Jahr zuvor 59,5

Millionen Menschen, vor zehn Jahren 37,5 Millionen Menschen. Die meisten fliehenden Menschen stammen aus armen Ländern. Selbst in Zeiten stark ansteigender Zahlen sind Flüchtlinge global sehr ungleich verteilt. Reichere Länder nehmen weit weniger Flüchtlinge auf als weniger reiche. Knapp neun von zehn Flüchtlingen (86 Prozent) befanden sich 2015 in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten. Ein Viertel aller Flüchtlinge hielten sich in Staaten auf, die auf der UN-Liste der am wenigsten entwickelten Länder zu finden sind. Der Libanon beherbergt im Vergleich zu seiner Bevölkerungszahl, die höchste Zahl von Flüchtlingen: auf 1.000 Einwohner kommen dort 183 Flüchtlinge.

Solange Menschen in ihren Herkunftsländern nicht in Sicherheit leben können, für sich und ihre Kinder keine existenzfähige Zukunft sehen und von brutaler Willkür bedroht sind, werden sie nach einer besseren Zukunft woanders suchen. Da in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, dass sich die Schere der globalen Ungleichheit schließt, ist Migration eine Konsequenz aus diesem Faktum.

Es ist zu hoffen, dass den politisch Verantwortlichen ebenso klar wird, dass eine abweisende europäische Festung das soziale, kulturelle und demokratische Leben in ihr nachhaltiger und grundsätzlicher gefährdet wird als eine intelligente, realistische und mitmenschliche Migrations- und Außenpolitik.

Neben der europäischen Nabelschau sind auch globale Perspektiven gerade im Zusammenhang mit dem Migrationsthema besonders wichtig. Trotz des Fokus auf gemeinsame Bewältigungsstrategien globaler Krisen steht Europa in einer besonderen Verantwortung zum einen als Mitverursacherin von Problemlagen, die sich historisch in Imperialismus und Raubbau begründen, zum anderen aber auch als Exporteurin der Ideen von Menschenrechten und Aufklärung. Schließlich hat die westliche Welt – oder genauer die Gesellschaftsformation auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse –, nicht nur die Ideale der französischen Revolution in die Welt hinausgetra-

Europa hat historisch und moralisch eine besondere Verantwortung.

Auf die Fähigkeiten, die Erfahrungen und die Zukunftserwartungen der neuen Mitbürger setzen

gen, sondern hatte und hat auf diesem Weg von Kolonialisierung ebenso (und dies in beträchtlichem Maße) Unterdrückung, Unterwerfung und Hegemonie im Gepäck. Der gesellschaftliche Reichtum der westlichen Welt besteht in nicht unbeträchtlichem Teil auf der jahrhundertelangen Ausbeutung und Unterdrückung der sogenannten „Dritten Welt“.

Die zaghafte Unterstützung der Herkunftsländer – aber leider nicht immer der betroffenen Menschen vor Ort – ist also nicht nur legitimiert als Strategie, Menschen von ihrer europäischen Immigration abzuhalten, sondern ist auch vor einem historisch-moralischen Hintergrund zu bewerten. Die Demokratisierung von Gesellschaften und in diesem Zusammenhang vor allem die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Partizipation, nach der dringend notwendigen, wenn auch noch so schwierigen Überwindung der Schere von arm und reich als Grundübel vieler in diesem Zusammenhang bestehenden Konflikte und Problematiken, beruht auf der Universalität und Unhintergebarkeit der Anerkennung der Würde des Menschen.

### Die Rolle des sozialpsychiatrischen Projektes

Selbstverständlich ist es Aufgabe der sozialpsychiatrischen Praxis, konkrete und individuelle, Alltags- und Lebenswelt orientierte Unterstützungs- und Begleitungsangebote auch für traumatisierte und/oder psychisch kranke Menschen mit Fluchterfahrungen zu formulieren, um ihnen die Bewältigung ihrer jeweiligen sie psychisch belastenden Lebenssituation zu erleichtern. Dabei ist zuallererst notwendig, Anschluss an die spezifischen Lebenswelten zu finden, d.h. Kommunikationsweisen und Interaktionsmöglichkeiten zu entwickeln vor dem Hintergrund, dass unterschiedlicher Kulturen mit damit einhergehenden Deutungsmustern, spezifischen Werten und Normen, die aufeinandertreffen und sich wechselseitig verwandeln sollten, ohne die je eigene Identität aufzugeben.

Dabei können die kontextuellen Bedingungen sowohl förderlich als auch hinderlich sein. Die Grundsätze der Sozialpsychiatrie, niedrigschwellige

Zugänge im Gemeinwesen mit und für Adressatinnen und Adressaten zu erarbeiten und zu organisieren. Die Verknüpfung und Verbindung der jeweiligen „fremden“ Lebenswelt, welche die Individuen in ihrem Eigensinn respektiert und ernst nimmt. Hier geht es letztlich um eine gemeinwesenorientierte Form der Integration zwischen den Angehörigen sich bisher fremder Kulturen, welche eine ernsthaft, partizipative Kommunalpolitik als Grundlage benötigt. Die Voraussetzungen für eine gelingende konkrete Beziehung haben damit gleichzeitig auch eine wesentlich sozialpolitische Ausrichtung, weil sie den Rahmen schaffen für die notwendigen Voraussetzungen eines gelingenden Miteinanders. Hier wie dort ist das Bewusstsein der Akzeptanz und des Respekts vor dem Eigensinn

**Akzeptanz  
und Respekt  
vor Eigensinn**

der unterschiedlichen Kultur- und Bewertungshorizonte die Grundlage konstruktiven Zusammenlebens. Das, was therapeutisch wirksam ist, ist auch für den Prozess der Integration relevant. Ohne die Augen zu verschließen vor den Konflikten, die ein solcher Prozess in sich trägt, geht es um den systematischen Abbau von Vorurteilen durch Akzeptanz und Respekt vor Eigensinn und Fremdheit bei gleichzeitiger Bereitschaft und Fähigkeit des Dazulernens und Infragestellens der Gültigkeit bisheriger Gepflogenheiten. Dies sind selbstverständlich wechselseitige Prozesse mit verschiedenen Verantwortlichkeiten und gilt für die einheimische Bevölkerung wie für die ankommenden Menschen. ●